

sierten Branchen Bergbau, Eisen und Stahl, Schiff- und Maschinenbau, Metallverarbeitung und Baumwollindustrie ihm von vornherein ablehnend gegenüberstand, weil sie darin »einen obrigkeitlichen Disziplinierungsversuch zwecks Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfbereitschaft witterten«.¹

Die Untersuchung ergibt für Frankreich im Gegensatz zu Deutschland und Großbritannien einen starken »industrial relations lag« (S. 87). Die veränderten Produktions- und Organisationsbedingungen in den sich herausbildenden Großbetrieben schienen nach Meinung der Autoren nicht auszureichen, betriebliche oder überbetriebliche Konfliktlösungs- oder Vermittlungsinstanzen mit oder ohne Beteiligung der Gewerkschaften zu institutionalisieren. Lediglich vereinzelt fanden sich vorübergehende Vermittlungsorgane mit stark patronalem, gewerkschaftsfeindlichem Charakter. Aufgrund der zersplitterten Gewerkschaftsstruktur und des nur geringen Organisationsgrades der Arbeiter war kein ausreichender Druck auf die Unternehmenseite oder auch von der staatlichen Bürokratie her vorhanden, die Arbeiter an betrieblichen Entscheidungen stärker zu beteiligen. Bei diesem Erklärungsansatz wäre es wünschenswert gewesen, die Kapitalkonzentration nicht als Konstante in dem Drei-Länder-Vergleich vorauszusetzen, sondern zumindest für Frankreich zu untersuchen, ob sich nicht die Entwicklung zum Großbetrieb im Zeitraum der hier angestellten Analyse auf einem niedrigeren Niveau befunden hat. In diesem Punkt zeigt sich exemplarisch die Grenze dieses Buches: Die gegenüber national begrenzten Analysen zusätzlichen Möglichkeiten der Erklärung, die aus einem Vergleich resultieren, nämlich die Isolierung bestimmter Variablen und ihrer Wirkungen, die Trennung von allgemeinen und besonderen nationalen Faktoren u. a. m., werden zu wenig genutzt.²

Insgesamt werden jedoch mit dieser vergleichenden Studie wichtige Anregungen vermittelt: Zur Erfassung sozialer Beziehungen im Betrieb, von Management-Systemen, des Verhältnisses von Gewerkschaften und Unternehmern müssen über die unmittelbaren Produktions- und Arbeitsbedingungen hinaus etwa die politische Kultur, die entwicklungs geschichtlich bedingten tradierten Formen der sozialen Beziehungen u. a. m. berücksichtigt werden.

Ilse Costas

Klaus Schönhoven, *Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914* (= Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 30), Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1980, 432 S., Ln., 98 DM.

Schönhoven widmet sich in seiner Würzburger Habilitationsschrift ausgewählten Problemen der gewerkschaftlichen Organisation; dies geschieht dermaßen detailreich und differenziert, daß es in der Tat schwer wird, einige griffige Thesen oder gar Ergebnisse zusammenfassend darzubieten — ist es doch auch gerade das Ziel der Analyse Schönhovens, liebgewordene Urteile und Klischees zu überprüfen.

Vier Aspekte der organisatorischen Entwicklung der Gewerkschaften zwischen 1890 und 1914 werden untersucht; bewußt ausgeklammert wurden demgegenüber Probleme des Ar-

1 Vgl. den ausgezeichneten Aufsatz von *Bernd-Jürgen Wendt*, Whitleyism — Versuch einer Institutionalisierung des Sozialkonfliktes in England am Ausgang des Ersten Weltkrieges, in: *Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt* (Hrsg.), *Industrielle Gesellschaft und politisches System*. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1978, S. 350.

2 Ein positives Beispiel in diesem Zusammenhang ist der Aufsatz von *H. Maurice/F. Sellier/J.-J. Silvestre*, Die Entwicklung der Hierarchie im Industrieunternehmen: Untersuchung eines gesellschaftlichen Effektes. Ein Vergleich Frankreich — Bundesrepublik Deutschland, in: *Soziale Welt*, Jg. 30, 1979, H. 3.

beitskampfverhaltens und des Unterstützungswesens (zum letzteren siehe inzwischen: Klaus Schönhoven, *Selbsthilfe als Form von Solidarität. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich bis 1914*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XX, 1980, S. 147—193). Daß auch Programmatik, Tarifarbeit und politischer Einfluß — und vielleicht noch anderes mehr — nicht untersucht werden, kann zwar ergänzend angemerkt werden, vermag aber die Verdienste der Studien nicht zu schmälern, die die Probleme der Organisierbarkeit, der Mitgliederentwicklung, der Mitgliederfluktuation und der organisatorischen Binnenstruktur beleuchten.

Die unterschiedlichen Voraussetzungen gewerkschaftlicher Organisation werden in Heimarbeit, Handwerk und Industrie untersucht. Heterogene Betriebsformen, dezentrale Produktion, isolierte Arbeitsweise und geringe Qualifikation erwiesen sich in der Heimarbeit als geradezu unüberwindliche Organisationsbarrieren für die Gewerkschaften. Im Handwerk ergab sich eine ambivalente Situation: Integration der Gesellen in den Meisterhaushalt, Hoffnung auf individuellen Aufstieg, kleinbetriebliche Produktionsstrukturen, häufiger Arbeitsplatz- und Berufswechsel hemmten die Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren; auf der anderen Seite unterstützten zünftlerische Traditionen Ansätze gewerkschaftlicher Organisation. In der Industrie schließlich setzten sich — trotz vielfach kommunikationshemmender Arbeitsweise — mit der Erkenntnis lebenslänglicher Lohnarbeit als Massenschicksal auch Klassenbewußtsein und gewerkschaftliches Engagement am ehesten durch, wengleich Schönhoven auch hier eindringlich die Differenzen nach Produktionsbereichen, Branchen, Berufen und Qualifikation vor Augen führt. Auf die günstigsten Voraussetzungen traf die gewerkschaftliche Werbung bei den hochqualifizierten Berufsgruppen, während in patriarchalisch geprägten Kleinbetrieben und bei angelernten und ungelerten Arbeitern der Großindustrie die Chancen gewerkschaftlichen Engagements deutlich geringer waren. Als gewissermaßen übergreifende Bedingung für die Organisierbarkeit geht Schönhoven schließlich auf den Druck von Staat, Arbeitgebern und Kirche ein.

Zum zweiten Aspekt des Mitgliederproblems stellt Schönhoven nicht nur die enormen Differenzen in der Entwicklung der einzelnen Verbände dar, sondern weist zudem überzeugend auf die konjunkturelle Bedingtheit von Beschleunigung des Mitgliederwachstums und Stagnation bzw. Rückgang (bei gutem bzw. schlechtem Konjunkturverlauf) hin; ebenso deutlich wie die stimulierende Wirkung von Arbeitskämpfen wird auch der rasche Mitgliederrückgang nach Beendigung eines Arbeitskonflikts belegt. Schließlich werden die Unterschiede in der regionalen Verteilung der Gewerkschaftsmitglieder untersucht.

Zu den schwersten Problemen der gewerkschaftlichen Organisation gehörte die hohe Fluktuation, deren langsame Abnahme — bei Differenzen von Verband zu Verband — seit der Jahrhundertwende zu verzeichnen war. Vor allem der Ausbau des Unterstützungswesens und der Beitragskassierung sind wohl als fluktuationmindernde Aktivitäten der Gewerkschaften zu nennen.

Die Kehrseite dieser Maßnahmen war die Vergrößerung des Apparates der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre, die von der lokalen bis zur zentralen Ebene für Erfassung, Betreuung und damit Bindung der Mitglieder sorgen sollten. Parallel dazu verlief der Prozeß zur Schaffung zentraler, reichsweiter Verbände aus zum Teil noch lokalen Vororganisationen; zudem wurden neue Zentralverbände für Berufsgruppen gegründet, für die bisher kein Verbandsangebot vorlag; die zunächst berufsorientierten Zentralverbände schlossen sich zu Industrieverbänden zusammen; gerade der letztgenannte Prozeß hatte vor 1914 allerdings — bis auf den Bereich der Metall- und der Holzindustrie — gerade erst begonnen, blieb doch der Berufsverband das vorherrschende Organisationsmodell der Gewerkschaften im Kaiserreich.

Die Arbeit Schönhovens bietet insgesamt eine Fülle von Detailinformationen; sie spiegelt in

Gliederung und Titel («Studien») die Schwierigkeit, die (aus der Analyse gedruckter Materialien gewonnenen) Daten zu einem Gesamtbild »der« gewerkschaftlichen Organisation zu integrieren. Man braucht keine prophetischen Gaben, um vorherzusagen, daß die differenzierte Aufarbeitung des Materials zur Organisationsgeschichte indessen eine unentbehrliche Hilfe für die noch zu schreibende Gesamtgeschichte der Gewerkschaften ist.

Michael Schneider

Heinrich Potthoff, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 66), Droste Verlag, Düsseldorf 1979, 504 S., kart., 84 DM.

Bereits im Zuge des Ersten Weltkrieges hatte sich das Aufgabenfeld der Gewerkschaften enorm verbreitert; war die Ambivalenz dieses Vorganges unter den Bedingungen von Krieg, Rüstungswirtschaft und Monarchie bereits bekannt, so bestand bisher eine Lücke in der wissenschaftlichen Erforschung der Rolle, die die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der ersten parlamentarisch-demokratischen Republik Deutschlands gespielt haben. Gestaltungswille, Handlungsspielraum und Funktion der Gewerkschaften in der Krisenzeit zu Beginn der 20er Jahre detailliert zu analysieren, unternimmt Heinrich Potthoff mit der hier anzudeutenden Studie, die — das sei schon hier angemerkt — für die folgenden Jahre der Weimarer Republik zur Nachahmung anregt.

Nach der Schilderung des Umorientierungsprozesses der Freien Gewerkschaften, wobei sowohl Probleme der Organisations- als auch der Programmentwicklung differenziert nachgezeichnet werden, geht es dann um die Beleuchtung der gewerkschaftlichen Politik hinsichtlich einzelner innen- und außenpolitischer Themenkomplexe, von denen hier nur genannt seien: Rätefrage, Sozialisierung und Arbeitsgemeinschaft ebenso wie Versailler Vertrag, Reparationsfrage und Oberschlesienproblem. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Analyse der Rolle der Gewerkschaften in Kapp-Putsch und Ruhrkampf. In abschließenden Kapiteln werden dann nochmals systematisch das Verhältnis von ADGB — auf diesen konzentriert sich im übrigen die Studie — und sozialistischen Parteien sowie die Bedeutung der Gewerkschaften im Weimarer parlamentarischen System behandelt — Probleme, die zusammen mit der Analyse des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitgeberschaft und Gewerkschaften sowie der gewerkschaftlichen Beziehung zur Exekutive auch die Arbeit insgesamt durchziehen.

Potthoff gelingt — auf der Basis einer breiten Quellenauswertung, die gerade auch unveröffentlichte Materialien u. a. aus dem August-Bebel-Institut, dem Bundesarchiv Koblenz (Reichskanzlei) und dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam (Büro des Reichspräsidenten) mit großem Gewinn insbesondere für die Rolle der Gewerkschaften bei Entscheidungsvorgängen von Regierungsstellen einbezieht — der Nachweis, daß die Freien Gewerkschaften die Erweiterung ihres Aktionsfeldes kaum konsequent selbst gesucht haben; vielmehr sind sie — gerade im außenpolitischen Bereich, in Fragen »nationaler Bedeutung« — von den verschiedenen Regierungen zu Stellungnahme und Hilfeleistung gedrängt worden. Die Bereitwilligkeit, mit der der ADGB in Ruhrkampf und Oberschlesienfrage die Regierungspolitik unterstützte, wurde offenbar auch durch die Erfahrung der eigenen politischen Ohnmacht, die man nach dem Kapp-Putsch gemacht hatte, nicht maßgeblich erschüttert. Überzeugend, weil genau belegt, weist Potthoff nach, daß die weitgehend fremdbestimmte Politisierung den Gewerkschaften kaum Vorteile gebracht hat; das Anwachsen der innerorganisatorischen Opposition einerseits, die geringen Erfolge der Integrationsbereitschaft andererseits unter-